

Politische Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **37 (1947)**

Heft 37

PDF erstellt am: **28.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Standpunkt der Landwirtschaft

-an- Professor Laur hat in der «Nationalzeitung» dargelegt, aus welchen Gründen die Landwirtschaft ihre Preiserhöhungen schon festgelegt hatte, bevor «die Trockenheit zur Dürre» wurde. In den Kontrollbetrieben des Bauernsekretariates ist ausgerechnet worden, dass sich der «Männerarbeitstag» noch im Jahre 1945/1946 mit Fr. 12.50 bezahlt machte, die Selbstversorgungsartikel zu Marktwerten eingesetzt. Im Jahre 1946/1947 ging dieser Arbeitslohn auf Fr. 10.50 zurück. Seit dieser Ausrechnung um weitere Fr. 2.50, so dass man noch mit Fr. 8.— rechnen könnte.

Was ist der Grund dieses Rückganges? *Steigende Produktionskosten.* Das heisst: Arbeitslöhne (die in der Landwirtschaft, was die Bauernknechte und Mägde angeht, stets als ungenügend angefochten wurden), dann alle Handwerkerrechnungen, alle Neuan-schaffungen, Rohstoffe, Futtermittel, jeder Neuanbau oder auch nur jede kleine Reparatur. Alles zieht an, notwendigerweise. Vor allem die Lohnfrage, welche sofort auszu-zahlendes Bargeld bedeutet, fällt schwer ins Gewicht. Angebot und Nachfrage auf dem landwirtschaftlichen Personalmarkt verschoben sich infolge der mächtigen Anziehungskraft unserer hochbeschäftigten Industrien. Der Bauer musste ganz ungewohnt hohe Löhne bezahlen, wenn er überhaupt einen Knecht oder für die «grossen Wercheten» Tauner bekommen wollte. Es gehe nicht an, erklärt Professor Laur, die Kontrollbetriebe als «über dem Landesdurchschnitt rechnend» anzuzweifeln. Keine andere Berufsbranche informiere den Bundesrat so offen und genau wie die Landwirtschaft, und die Berechnungsmethoden würden nun seit bald 50 Jahren nach der gleichen Methode durchgeführt. Wenn der Bundesrat selbst eine derartige Kontrolle einsetzen wollte — man würde nur dankbar sein.

Die verlangten Preiserhöhungen, 6 Rappen auf der Milch (mit den dadurch bedingten Erhöhungen auf allen Milchprodukten), Fr. 10.— auf je 100 Kilo Weizen, Fr. 2.— für die Kartoffeln, Fr. 1.— für Zuckerrüben und 30 bis 50 Rp. für das Fleisch (1 Kilo Lebendgewicht) würden nur dazu dienen, den Männerarbeitstag wieder mit Fr. 12.50 bezahlt zu machen, nicht mehr.

Die Not der Dürregebiete ist nach Prof. Laur gesondert zu betrachten, so wie man auf der Gegenseite die ungenügenden Einkommen der ärmsten Konsumenten auf besondere Weise zu behandeln habe. Verbilligte Futtermittel durch Bundeshilfe — verbilligte Lebensmittel für die Aermsten.

Und die «Inflationsschraube»? Die nachfolgenden, unzweifelhaft zu erwartenden Lohnkämpfe? Die dann abermals anziehenden neuen Kosten? Es ist klar, dass man davor zittert, es ist aber auch müssig, davon zu reden, solange nicht der Preisdruck vom Welthandel her das Rösslspiel stoppt und

dem Bauer endlich das bringt, was auch ihn in die Lage versetzt, sich mit dem Erreichten zufrieden zu geben: Billigere Produkte, die er kaufen muss.

Unübersichtliche Lage

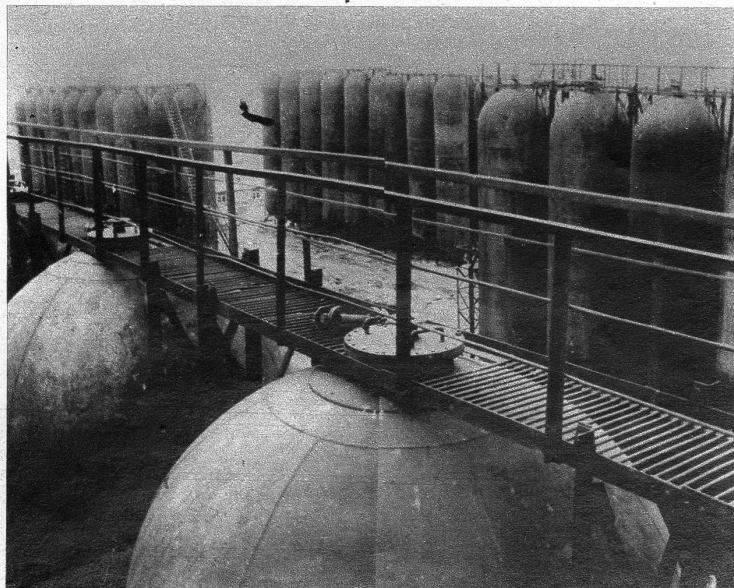
Die Verhandlungen der «Marshall-Staaten» in Paris gehen weiter, kaum beachtet von der Welt, die fast jeden Tag von andern Dingen gefesselt. von Ereignissen überrascht wird, welche sich seit längerer Zeit ankündigten oder auch ganz unerwartet kommen. Gegen die britisch-amerikanischen Abmachungen über die Ruhr protestieren die Russen Mal auf Mal, ohne dass man eine Wirkung verspüren würde. Es handelt sich anscheinend um Vorpostengefechte vor der grossen diplomatischen Schlacht, die in der Novemberkonferenz losbrechen und entscheiden soll, ob noch irgendwas von der Kriegsgemeinschaft der vier grossen Alliierten und ein geeinigtes, unter ihrer Kontrolle stehendes Deutschland übrigbleiben wird.

Inzwischen kann man an den täglichen Meldungen ablesen, wie erbittert der Kampf in allen Sektoren tobt, wo sich die beiden Gruppen noch im selben Raum um die Vormacht bemühen. In Berlin müsste seit langem ein neuer Oberbürgermeister gewählt werden, aber weder der russische Kandidat noch die auf alliierter Seite stehenden Anwärter können durchdringen. In Oesterreich eröffnen die Kommunisten eine neue intensive Attacke gegen die Regierung Figl und die herrschenden Parteien. Sie können dem Publikum mit der Tatsache aufwarten, dass Stalin auf ihren Einspruch hin nun die österreichischen Kriegsgefangenen paketweise heimschickt. Niemand weiss, ob diese Heimkehrer nun die Reihen der äussersten Linken verstärken, oder, wie die italienischen, sich im Gegenteil, als schärfste Gegner des Sowjetsystems erweisen werden. Vorläufig tun sie ihren Dienst als Propagandaobjekte der «Zwergpartei», die das nicht sein will.

In Ungarn haben die Oppositionsparteien einen grössern Sieg errungen, als man an-

fänglich meinte. Wenn man die nichtkommunistischen «kleinen Landwirte» als geheime Opposition betrachtet und annimmt, die Sozialisten könnten unter Umständen, vielleicht nach dem russischen Abzug, mit ihnen auf die «rechte Seite» fallen, dann bleiben die zur Macht drängenden Kommunisten samt der von ihnen aufgezogenen «linken Bauernpartei» mit insgesamt 29 Prozent der Mandate in starker Minderheit. Aber auch für den Fall, dass nur die «Kleinlandwirte» zur Opposition übergehen sollten, ist eine antimarxistische Mehrheit möglich. Vorderhand jedoch wird der «gesäuberte Rest» aus Staatsklugheit mit den beiden Linksgruppen die Mehrheit bilden, und das seltsame, zähe Spiel wird weitergehen. Das heisst: Die Grossbanken, vorab die ungarische Staatsbank, wird verstaatlicht. Die «Kolchosen» in der abgeänderten Form einer weitgetriebenen Vergenossenschaftung werden gefördert, aber die Bauern hintertreiben mit Hilfe ihrer geheimen Verbündeten von der «Opposition» die Aufhebung des Individualbesitzes, so gut es geht. Vermutlich setzt, unter kommunistischer Leitung des Innenministeriums, inklusive Polizei, ein massiver Angriff gegen den Führer der «Unabhängigkeitspartei», Zoltan Pfeiffer, und gegen den erfolgreichsten Oppositionsführer, Barankowicz von der «Volksdemokratischen Partei» ein. Die Parole ist immer dieselbe: Agenten der kapitalistischen Westmächte, Fascisten, Volksfeinde. Natürlich können die Massnahmen nicht «total» sein, solange die Verbindungen zwischen Moskau und dem Westen noch nicht zerrissen sind. Aber der kleine Fortschritt der Kommunisten zeigt doch an, dass zwei oder drei ähnliche Siege wie der diesmalige sie doch zur Mehrheit führen könnte. Sie haben ihre Mandate, ganz abgesehen von den Oppositionserfolgen im Ganzen, immerhin auf Kosten der Sozialisten und Kleinlandwirte beinahe verdoppelt, wenn man «ihre Bauern» dazu rechnet.

In Griechenland versucht man, unter dem Druck Amerikas, die Oligarchie der «Volks-



Wie Moskau mit Gas versorgt wird

Die Moskauer Hausfrauen kochen mit Gas, das, bis es ihren Kochherd erreicht, eine Strecke von 800 km zurückzulegen hat. Das Erdgas, um solches handelt es sich nämlich, wird in der Hauptstadt des Unterwolgagebietes Saratow, gewonnen und gelangt durch ein Röhrensystem nach Moskau. Unsere Aufnahme zeigt die gewaltige Gaskesselanlage der neuen Gasleitung Wolga - Moskau in Saratow.

partei» unter Tsaldaris abzulösen durch eine Regierung auf verbreiteter Basis. Der «legale» Oppositionsführer Sophoulis hat nach verschiedenen missglückten Versuchen mit Tsaldaris konferiert, und es scheint nun doch ein Kabinett zustande zu kommen, in welchem Liberale und «Populisten» vertreten sein werden, und das Programm sieht nach «Demokratie» und nach «Versöhnung» aus. Das Hauptstück ist ein Amnestieversprechen für alle Partisanen, welche sich innert zwei Monaten unterwerfen. Aussenpolitisch ist die Freundschaft mit allen Nachbarn und die getreue Teilhaberschaft der «UNO» vorgesehen. Gelingt Sophoulis die Versöhnung der Extreme? Gelingt sie ihm nicht? Im ersten Falle würde den Kommunisten der Wind aus den Segeln genommen — und die Amerikaner samt der Labourparty in England würden ein Missbehagen los. Konnten sie doch den Vorwurf, ein diktatorisches Regime zu unterstützen, bisher nie entkräften.

Frankreichs Krise

entwickelt sich weiter, und die russischen und balkanesischen Zuschauer, die überzeugt sind, dass der Westen aus seinen Störungen gar nicht mehr ins Gleichgewicht kommen werde, können sich ihrer «stabilisierten Armut» rühmen und behaupten, nur bei ihnen gehe es vorwärts und aufwärts. Erstmals hört man von russischen Unterstützungen, vor allem mit Getreide, für die Mangelgebiete des Balkans und Polens — und Frankreich

erwartet nur die Hälfte einer normalen eigenen Ernte, muss also seine Ausfälle in den USA und Argentinien oder Kanada decken. Was wird aus Frankreich? Höhnisch würde Moskau, wenn de Gaulle in den Wahlen des kommenden Oktober einen Sieg erföchte, auf das unweigerliche Kommen des Fascismus hinweisen, als dem alleinigen Ausweg der kapitalistischen Länder aus dem Chaos und aus der roten Revolution. Und wieder würde der Fascismus als «Eisbrecher der Revolution» kühl in die weitreichenden Pläne Moskaus einkalkuliert.

Ist aber Frankreich so weit? Wir glauben es nicht. Die Lage hat sich heute insofern vereinfacht, als sich die Parteien in 2 Gruppen geteilt haben, in «Dirigisten» und «Anti-dirigisten». Der Premier Ramadier, der immer noch regiert, hat seiner sozialistischen Parteifraktion den Fall erklärt: Das Kabinett ist nur zu retten, wenn die weitreichenden staatlichen Eingriffe, wie die Partei sie wünscht, zurückgestellt werden. Das MRP und die Radikalen gehen nicht mit. Sie wollen ihre Wähler nicht an die wütend agitierende, teilweise antirepublikanische Rechte verlieren.

Längst ist der «Preis- und Lohnstop»-Kurs aufgegeben. Der Premier und die Minister seiner Partei versuchen zwar noch, den Abkommen zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaften die Genehmigung zu versagen, weil daraus eine weitere Teuerungswelle über das unruhige Land hervorgerufen wird. Aber sie verzichten auf der andern Seite, um nicht die Unterstützung der Mittelparteien zu verlieren, auf das wirkungsvolle, für die Stimmung im Bürgertum aber höchst gefährliche «Dirigieren» der Produktion und des Handels. Die Wirkung auf die Arbeiterschaft, also jene Kreise, welche im Oktober für die Sozialisten stimmen müssten, ist höchst bedenklich. Ein Streik löst den andern ab. Am vergangenen Samstag riefen die Gewerkschaften zu einem grossen Demonstrationsaufmarsch nach dem Marsfelde auf, und um vier Uhr nachmittags ruhte in der Hauptstadt jede Arbeit und jeder von den Organisationen kontrollierte Verkehr. Man konnte auch nicht telefonieren. Zweck der Demonstration ist eine Erhöhung der auf 200 Gramm gekürzten Brotration. Kann Ramadier solchen Forderungen entsprechen? Die Bauern wurden durch ein eigenes Gesetz vor der Hinterziehung der Ernte gewarnt. Doch was nützen die angedrohten drakonischen Strafen? Die Regierung hätte zeitig die von der Landwirtschaft gewünschten rentablen Preise bewilligen und so die Anbaufreude erhöhen — und der Himmel hätte Regen schicken müssen. Beides blieb aus, und darum wird Frankreich alle andern Einfuhren drosseln müssen, um auf jedem möglichen Wege Weizen ins Land zu bekommen.

Resultat der bisherigen Entwicklung wird vermutlich eine sehr empfindliche Dezimierung der Sozialisten in den Wahlen sein. Die von der allgemeinen Not terrorisierten ärmern Schichten werden den Kommunisten stimmen, die den «totalen Dirigismus» vertreten. Die bisherige Regierungspartei hat alsdann die Wahl, sich der bürgerlichen Mitte oder der äussersten Linken anzu-

schliessen. Doch wird sie nicht gut links anhalten können, weil ihre vornehmsten Vertreter nie für ein Diktaturprogramm zu haben waren und sind. Wenn aber auch die Mitte dezimiert wird, kommt es zu einer Koalition mit den gemässigten Rechtsparteien, die Sozialisten eingeschlossen — oder nicht. Und der «Rutsch nach rechts», trotz Anwachsens des Kommunismus, ist da.

Die Dürre als politische Macht

wird diesen Herbst noch eine Rolle spielen, wie man sie im Frühjahr nicht vorausgesehen. Drüben in Amerika und Kanada gibt es stürmische Haussen in Getreidewerten, und die Preissteigerung greift auf den gesamten Markt über. Die Grosshandelsverkäufe machen preismässig fast einen Fünftel mehr aus als vor einem Jahre, wobei die verkaufte Menge nur 2 Prozent mehr beträgt. Es ist nicht nur eine gewisse «Warenkreditgesellschaft», die sich ins Geschäft geschoben und durch ihre vorsorglichen Eindeckungen die Nachfrage so sehr gesteigert hat. Ursache ist die Spekulation auf die allgemeine Brotnot in fast allen europäischen Ländern. Genau so wie das immer noch andauernde Bedürfnis nach allen möglichen andern Waren die exportfähige USA-Wirtschaft zur weiteren Forcierung der Ausfuhren anspornt. Wäre nicht Europa warenhungrig — und nicht nur Europa, sondern auch China und der ganze Osten — die Konjunktur in USA hätte wohl ihren Höhepunkt schon überschritten, und ganz andere Massnahmen als die heute üblichen würden von den amerikanischen Behörden verlangt.

Es scheint übrigens, als ob die Regierung Truman voraussehe, was kommen muss, wenn man den preistreibenden Export sich weiterhin hemmungslos austoben lässt. Voraussetzung eines gesunden Verkehrs wäre ja die entsprechende Steigerung des Imports aus Europa, und Voraussetzung eines solchen Imports ist wiederum die volle Leistungsfähigkeit der europäischen Länder. Erst wenn britische, französische und italienische Waren in genügendem Umfange nach USA strömen, können sie dort preishemmend wirken.

Washington erwartet den baldigen Bericht der «Marshallstaatenkonferenz». Präsident Truman soll die Absicht haben, den Kongress allen Widerständen zum Trotz zu einer Extrasitzung einzuberufen und ihn zur beschleunigten Erfüllung des Marshallplanes zu veranlassen. In Paris, so heisst es, wird heimlich auf Hochtouren gearbeitet, um die Berichte fertigzustellen. Auf Grund dieser Berichte muss der Kongress nachher beraten und beschliessen. Die Delegierten in Paris arbeiten zwar in verschiedenen, für die Sondergebiete bestellten Kommissionen, aber ihre Arbeit basiert auf den zwischen Amerika und England getroffenen Abkommen über Deutschland. Schwerlich wird es so herauskommen, dass Marshall und Truman vor Resultate gestellt werden, die sie nicht schon jetzt in der Hauptsache überschauen und die sich nicht in einen vorbereitenden Bericht fürs amerikanische Parlament verarbeiten könnten. Es gilt schliesslich nur noch die genauen Zahlen einzusetzen...



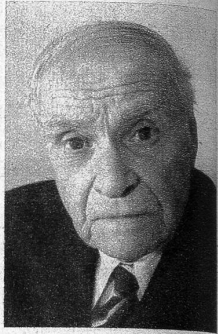
Eine Gesandtschaft sucht Möbel!

Frau Pandit Vijaya Lakshmi, Schwester des Präsidenten der Indischen Union, hat Sorgen. Von ihrem Bruder als Botschafterin nach Moskau geschickt, findet sie in der sowjetrussischen Hauptstadt keine Möbel, um das neue Gebäude der Botschaft damit auszustatten. Was tun? Nun — Frau Lakshmi ist auf Einkauf nach Stockholm geflogen, wo sie unser Bild in einer Möbelausstellung zeigt. Wie würde dieses Sofa passen, fragt die Botschafterin ihre Tochter Chandralekha.



Albert Bassermann 80jährig

Ein von künstlerischer Aktivität strotzender Schauspieler beging am 7. Sept. in geistiger Frische seinen 80. Geburtstag: Albert Bassermann.



40 000 begeisterte Teilnehmer am Flugtag in Basel-Mülhausen

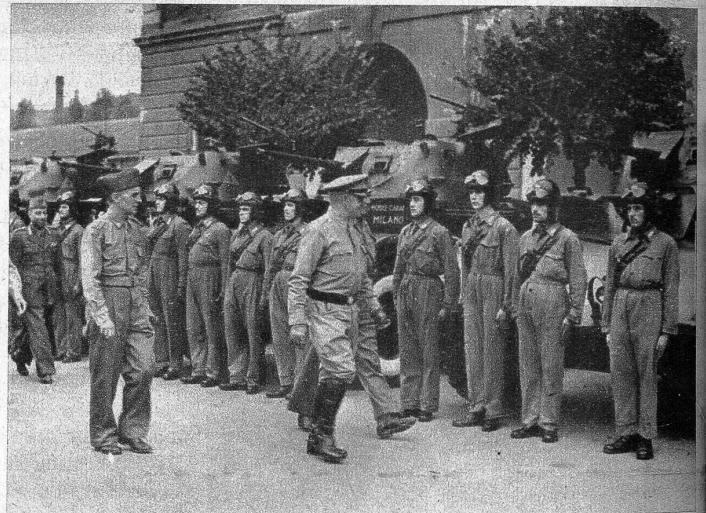
40 000 Basler und Elsässer waren auf dem Flugplatz Basel-Mülhausen Zeugen der Taufe einer Swissair DC-4 auf den Namen «Basel». Und Hunderte absolvierten ihren ersten Flug. — Unser Bild zeigt im Vordergrund den Täufling, die HB-ILL, welche nun «Basel» heisst.



Dr. H. P. Zschokke, der Präsident des Auslandschweizerwerkes der Neuen Helvetischen Gesellschaft, spricht vor dem Schlachtdenkmal in Murten zu den Auslandschweizern. Im Vordergrund Murten Kadetten. (Photopress)

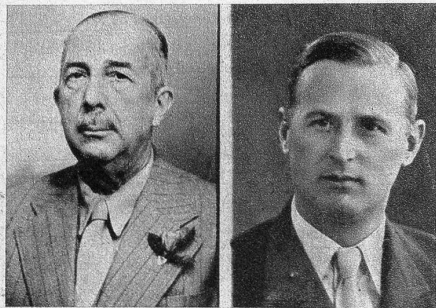
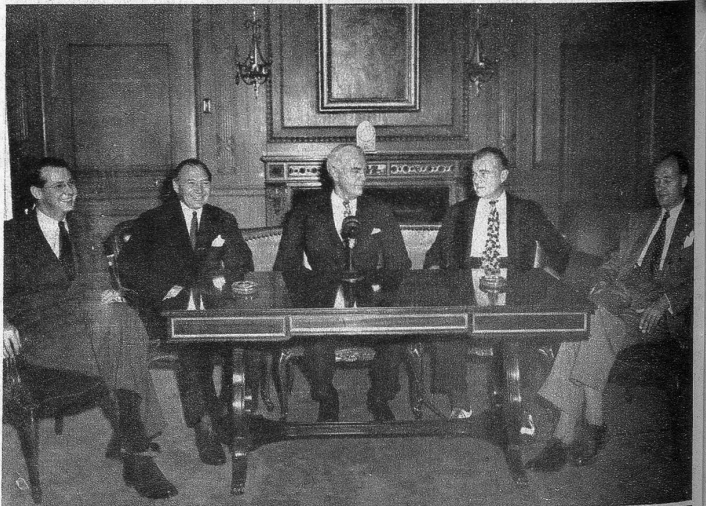
Die Garanten für Ruhe und Sicherheit in Italien

General Lee, der alliierte Oberkommandierende im Mittelmeerraum, hat dieser Tage Mailand einen Besuch abgestattet. Sein ganz besonderes Interesse galt den mobilen Carabinieri-Verbänden, die mit modernsten Waffen und Panzerfahrzeugen ausgerüstet, eine sehr schlagkräftige Truppe darstellen. Nebenbei bemerkt: Nachdem endlich sämtliche Alliierte den Friedensvertrag mit Italien unterzeichnet haben, müssen die fremden Truppen aus Italien zurückgezogen werden.



Das amerikanische «Europa-Kabinett» in Paris

Europa lässt sich am besten mit einem Kranken vergleichen, von dessen Bett sich die Aerzte nicht mehr zu entfernen getrauen. Die Aerzte sind in unserem Fall die Amerikaner, die eine Art «Krisen-Kabinett» in Europa errichtet haben, welches seinen Sitz in Paris hat. Unser Bild, aufgenommen während einer Sitzung in Paris, zeigt von links nach rechts: Charles Bonnestel, Delegierter des amerikanischen Staates; Lewis Douglas, USA-Botschafter in London; William Clayton, Unterstaatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten im Staatesdepartement; Jefferson Caffery, USA-Botschafter in Paris; George Kennan, Wirtschaftsexperte im Staatesdepartement.



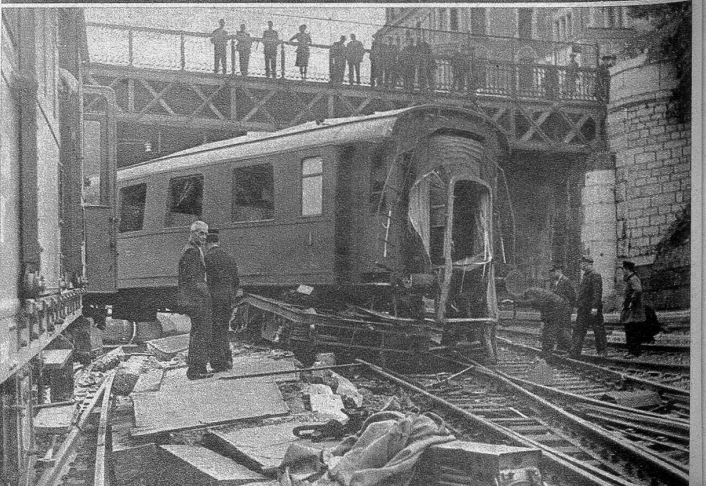
Wechsel auf dem Schweizer Konsulat in Rotterdam

Der 1916 zum Honorarkonsul der Schweiz in Rotterdam ernannte F. H. Martin Koch (links) ist von seinem Amt zurückgetreten. Als Nachfolger wurde vom Bundesrat Gottfried Isler, von Wädenswil (Zürich), bestimmt. Dieser ist seit 1930 in Rotterdam als Leiter der Filiale der Schweizerischen Reederei AG., Basel, tätig, wo er auch die Funktionen eines Delegierten der Schweizer Spende ausgeübt hat. (Photopress)

Zugsentgleisung in Bern

Am frühen Morgen des Sonntags entgleiste im Bahnhof Bern unweit der Schanzenbrücke bei Rangierarbeiten ein Personenwagen.

(Photo Nydegger)





Einsturz eines Neubaus in Mailand

Ein kurz vor seiner Vollendung stehendes Warenhaus in Mailand stürzte aus bisher noch nicht abgeklärter Ursache plötzlich zusammen. Unter den Trümmern wurden zahlreiche Arbeiter, die am Innenausbau beschäftigt waren, begraben. Bis heute konnten 20 Leichen geborgen werden. Die Zahl der Verletzten beträgt 50. Unser Bild zeigt den Katastrophensort (Photopress)



Maja Hug trainiert in London
Die schweizerische Eis-Kunstlaufmeisterin, **Maja Hug**, obliegt gegenwärtig in London einem scharfen Training für die Olympischen Winterwettkämpfe. — Unsere Aufnahme zeigt Maja Hug beim täglichen Training auf dem Richmond Ice Rink in London, der auch von Weltmeister Hans Gerschweiler als Trainingsplatz benützt wird. (Photopress)



Eine glänzende sportliche Leistung
vollbrachte der peruanische Schwimmer **Daniel Carpio**, der den Aermelkanal vom Kap Gris Nez in Frankreich nach Dover in 14 Stunden und 46 Minuten bezwang. Gegenwärtig versuchen eine Dänin und ein Ägypter die Kanaldurchschwimmung, ohne bisher Erfolg gehabt zu haben. — Unser Bild zeigt den erfolgreichen Peruaner, wenige Stunden nach seiner Landung in England (Photopress)



Die deutsche erste Exportmesse in Hannover

Die Zündapp-Werke in Nürnberg (amerikanische Zone) sind mit einer Reihe ihrer weltbekannten Motorräder in Hannover vertreten, die nicht nur von den ausländischen Käufern bewundert werden. (Photopress)